GRAND CONSEIL
GROSSER RAT
ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Résolution 2020-GC-104

Moussa Elias, Senti Julia		
Freiburg - Kein Platz für Rassismus		
Mitunterzeichner :	Eingang SGR : 23.06.20	Weitergeleitet SR : *

Begehren und Begründung

Die Notwendigkeit, Sensibilisierung und Bewusstsein von Rassismus zu fördern, ist nach wie vor gross und muss konstant verfolgt werden. Nicht umsonst stellt die Rassismusprävention einen Schwerpunkt des kantonalen Integrationsprogramms dar. Wir danken an dieser Stelle all jenen Personen, welche sich im Kanton Freiburg aktiv für die Rassismusprävention einsetzen, sei es via Fachstelle für die Integration der Migrantinnen und Rassismusprävention (IRM) oder durch persönlichen Einsatz und Engagement auf Vereinsebene und im persönlichen sozialen Umfeld!

Der jüngste öffentlich bekannte Fall aus den USA des Afroamerikaners George Floyd, welcher am 25. Mai 2020 durch ungerechtfertigte Polizeigewalt in Minneapolis (USA) ums Leben kam, hat das Feuer zusätzlich neu entfacht und sorgt für weltweites Aufsehen und Aufstehen gegen Rassismus. Nach verschiedenen anderen Schweizer Städten fand auch in Freiburg am 20. Juni 2020 eine friedliche Kundgebung statt und über 1’000 Personen demonstrierten ihre Verbundenheit mit den Opfern von Rassismus und der Ablehnung der Geschehnisse.

Es gibt keine allgemein akzeptierte Definition von Rassismus. Die Grossrätinnen, welche die vorliegende Resolution unterstützen, anerkennen jedoch, dass ein Mensch nie besser ist als ein Anderer und keine rechtfertigende Grundlage für Diskriminierung besteht.

Die jüngsten Diskussionen rund um die «Black Lives Matters» Bewegung zeigen auf, dass das Thema der Rassendiskriminierung nach wie vor omnipräsent ist. Ein erster Schritt, dieses leider oft als Tabu gehandhabte Thema zu bekämpfen, ist, darüber zu sprechen. Bezeichnenderweise stand die diesjährige Freiburger Aktionswoche gegen den Rassismus unter dem Motto «Rassismus – lasst uns darüber reden».

Mit Unterstützung der vorliegenden Resolution fordert der Grossrat den Staatsrat auf, die Rassismusprävention im Kanton Freiburg weiter zu stärken, in dem konkrete Massnahmen getroffen werden:

> zwecks Verbesserung des Zugangs zu sämtlichen staatlichen und privaten Dienstleistungen, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Geschlechts oder sexuellen Orientierung;
> zwecks Verbesserung der Repräsentativität von Minderheiten in allen Gesellschaftsebenen und -hierarchien;
> zwecks Bereitstellung der zu den vorgenannten Verbesserungen notwendigen finanziellen Mittel.

—

*Beginn der Frist für die Antwort des Staatsrats (5 Monate).